



Satzung über die öffentliche Fäkalschlammentsorgung der Gemeinde Rudelzhausen (Fäkalschlammentsorgungssatzung – FES) vom 16.12.2025

Aufgrund von Art. 23 und Art. 24 Abs. 1 Nr. 1 und 2 und Abs. 2 der Gemeindeordnung (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 796, 797, BayRS 2020-1-1-I), die zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 9. Dezember 2024 (GVBl. S. 573) geändert worden ist, sowie Art. 34 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Wassergesetzes (BayWG) vom 25. Februar 2010 (GVBl. S. 66, 130, BayRS 753-1-U), das zuletzt durch § 9 des Gesetzes vom 25. Juli 2025 (GVBl. S. 254) geändert worden ist, erlässt die Gemeinde Rudelzhausen folgende Satzung:

Inhalt

| | |
|--|----|
| § 1 Öffentliche Einrichtung, Geltungsbereich..... | 1 |
| § 2 Grundstücksbegriff – Grundstückseigentümer | 2 |
| § 3 Begriffsbestimmungen | 2 |
| § 4 Anschluss- und Benutzungsrecht | 3 |
| § 5 Anschluss- und Benutzungszwang | 3 |
| § 6 Befreiung vom Anschluss- oder Benutzungszwang | 4 |
| § 7 Sondervereinbarungen | 4 |
| § 8 Grundstücksentwässerungsanlage..... | 4 |
| § 9 Herstellung, Zulassung und Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage..... | 4 |
| § 10 Überwachung | 6 |
| § 11 Stilllegung von Entwässerungsanlagen auf dem Grundstück..... | 7 |
| § 12 Entsorgung des Fäkalschlamms..... | 7 |
| § 13 Verbot des Einleitens, Benutzungsbedingungen..... | 7 |
| § 14 Abscheidung..... | 9 |
| § 15 Untersuchung des Abwassers | 10 |
| § 16 Haftung..... | 10 |
| § 17 Betretungsrecht | 11 |
| § 18 Anzeigepflichten | 11 |
| § 19 Ordnungswidrigkeiten | 11 |
| § 20 Anordnungen für den Einzelfall; Zwangsmittel | 12 |
| § 21 In-Kraft-Treten | 12 |

§ 1 Öffentliche Einrichtung, Geltungsbereich

- (1) Die Gemeinde Rudelzhausen (im Weiteren: Gemeinde) besorgt nach dieser Satzung die Beseitigung einschließlich Abfuhr des in Grundstückskläranlagen anfallenden Fäkalschlamm (Fäkalschlamm Entsorgung).
- (2) Die Fäkalschlamm Entsorgung und die in der Entwässerungssatzung der Gemeinde geregelte Abwasserbeseitigung über die (leitungsgebundene) Entwässerungsanlage bilden zwei voneinander getrennte öffentliche Einrichtungen.
- (3) Die Fäkalschlamm Entsorgung erstreckt sich auf das gesamte Gebiet der Gemeinde.
- (4) Im Übrigen bestimmt Art und Umfang die Gemeinde.

§ 2 Grundstücksbegriff – Grundstückseigentümer

- (1) ¹Grundstück im Sinn dieser Satzung ist jedes räumlich zusammenhängende und einem gemeinsamen Zweck dienende Grundeigentum desselben Eigentümers, das eine selbstständige wirtschaftliche Einheit bildet, auch wenn es sich um mehrere Grundstücke oder Teile von Grundstücken im Sinn des Grundbuchrechts handelt. ²Soweit rechtlich verbindliche planerische Vorstellungen vorhanden sind, sind sie zu berücksichtigen.
- (2) ¹Die in dieser Satzung für die Grundstückseigentümer enthaltenen Vorschriften gelten auch für Erbbauberechtigte, Teileigentümer, Wohnungseigentümer, Wohnungserbbauberechtigte, Nießbraucher oder andere zur Nutzung eines Grundstücks dinglich Berechtigte. ²Von mehreren dinglich Berechtigten ist jeder berechtigt und verpflichtet; sie haften als Gesamtschuldner.

§ 3 Begriffsbestimmungen

- (1) ¹Im Sinne dieser Satzung haben die nachstehenden Begriffe folgende Bedeutung:

| | |
|--|---|
| ² Abwasser | ist das Wasser, das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch verunreinigt oder sonst in seinen Eigenschaften verändert ist, und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende Wasser (Schmutzwasser), sowie das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen gesammelt abfließende Wasser (Niederschlagswasser). ³ Die Bestimmungen dieser Satzung gelten nicht für das in landwirtschaftlichen Betrieben anfallende Abwasser, einschließlich Jauche und Gülle, das dazu bestimmt ist, auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Böden aufgebracht zu werden; nicht zum Aufbringen bestimmt ist insbesondere das häusliche Abwasser. |
| ⁴ Grundstückskläranlagen | sind alle Anlagen eines Grundstücks zur Behandlung von häuslichem oder in der Beschaffenheit ähnlichem Abwasser. ⁵ Ihnen stehen Gruben zur Sammlung solcher Abwässer gleich. |
| ⁶ Grundstücksentwässerungsanlagen | sind die gesamten Einrichtungen eines Grundstücks, die dem Ableiten und Einleiten des Abwassers dienen (gegebenenfalls einschließlich eines Kontrollschachts), und die Grundstückskläranlage. |

⁷Fäkalschlamm ist der Anteil des häuslichen oder in der Beschaffenheit ähnlichen Abwassers, der in der Grundstückskläranlage zurückgehalten wird und im Rahmen der öffentlichen Entsorgung in Abwasseranlagen eingeleitet oder eingebracht werden soll.

- (2) Im Übrigen gelten die Begriffsbestimmungen der Entwässerungssatzung der Gemeinde Rudelzhausen in der jeweils geltenden Fassung.

§ 4 Anschluss- und Benutzungsrecht

- (1) ¹Jeder Grundstückseigentümer ist nach Maßgabe dieser Satzung zum Anschluss seines Grundstücks an die öffentliche Fäkalschlammentsorgung berechtigt. ²Er ist dabei insbesondere nach Maßgabe der §§ 12 bis 15 auch berechtigt, allen anfallenden Fäkalschlamm entsorgen zu lassen.
- (2) ¹Das Anschluss- und Benutzungsrecht erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, auf denen das dort anfallende Abwasser nicht in eine Sammelkanalisation mit Sammelkläranlage eingeleitet werden kann. ²Welche Grundstücke durch eine Sammelkanalisation erschlossen werden, bestimmt der Träger der Entwässerungsanlage.
- (3) ¹Ein Anschluss- und Benutzungsrecht besteht nicht,
1. wenn der Fäkalschlamm wegen seiner Art oder Menge nicht ohne weiteres von der Gemeinde übernommen werden kann und besser von demjenigen behandelt wird, bei dem er anfällt;
 2. solange eine Übernahme des Fäkalschlammes technisch oder wegen des unverhältnismäßig hohen Aufwandes nicht möglich ist.

²Sind Fäkalschlämme nicht die Reste von ausschließlich häuslichen Abwässern üblicher Art, kann die Gemeinde den Nachweis verlangen, dass es sich nicht um einen vom Anschluss- und Benutzungsrecht ausgeschlossenen Schlamm handelt.

- (4) Ein Anschluss- und Benutzungsrecht besteht ferner nicht für abgelegene landwirtschaftliche Anwesen, wenn der dort anfallende Fäkalschlamm auf betriebszugehörigen landwirtschaftlich genutzten Flächen ordnungsgemäß ausgebracht wird.

§ 5 Anschluss- und Benutzungszwang

- (1) ¹Die zum Anschluss Berechtigten (§ 4) sind verpflichtet, ihre Grundstücke an die öffentliche Fäkalschlammentsorgung anzuschließen (Anschlusszwang). ²Dabei sind deren Grundstücke einschließlich der Bestandteile und etwaigen Zubehörs so herzurichten, dass die Übernahme und Abfuhr des Fäkalschlammes nicht behindert wird. ³Die Gemeinde kann daher insbesondere verlangen, dass die Zufahrt zur Grundstückskläranlage ermöglicht und instand gehalten wird und dass störende Bepflanzungen und Überschüttungen von Schachtdeckeln beseitigt werden.
- (2) ¹Auf Grundstücken, die an die öffentliche Fäkalschlammentsorgung angeschlossen sind, ist insbesondere nach Maßgabe der §§ 12 bis 15 alles Abwasser mit Ausnahme von Niederschlagswasser der Grundstückskläranlage zuzuführen und der gesamte anfallende Fäkalschlamm der öffentlichen Fäkalschlammentsorgung zu überlassen

(Benutzungszwang). ²Der Grundstückskläranlage darf kein Abwasser zugeführt werden, zu dessen Behandlung sie bestimmungsgemäß nicht geeignet oder vorgesehen ist.

- (3) ¹Verpflichtet sind die Grundstückseigentümer und alle Benutzer der Grundstücke. ²Sie haben auf Verlangen der Gemeinde die dafür erforderliche Überwachung zu dulden.

§ 6 Befreiung vom Anschluss- oder Benutzungszwang

- (1) ¹Von der Verpflichtung zum Anschluss oder zur Benutzung wird auf Antrag ganz oder zum Teil befreit, wenn der Anschluss oder die Benutzung aus besonderen Gründen auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls nicht zumutbar ist. ²Der Antrag auf Befreiung ist unter Angabe der Gründe schriftlich bei der Gemeinde einzureichen.
- (2) Die Befreiung kann befristet, unter Bedingungen, Auflagen und Widerrufsvorbehalt erteilt werden.

§ 7 Sondervereinbarungen

- (1) Ist der Eigentümer nicht zum Anschluss oder zur Benutzung berechtigt oder verpflichtet, so kann die Gemeinde durch Vereinbarung ein besonderes Benutzungsverhältnis begründen.
- (2) ¹Für dieses Benutzungsverhältnis gelten die Bestimmungen dieser Satzung und der Beitrags- und Gebührensatzung entsprechend. ²Ausnahmsweise kann in der Sondervereinbarung Abweichendes bestimmt werden, soweit dies sachgerecht ist.

§ 8 Grundstücksentwässerungsanlage

- (1) ¹Jedes Grundstück, das an die öffentliche Fäkalschlammentsorgung angeschlossen wird, ist vorher vom Grundstückseigentümer mit einer Grundstücksentwässerungsanlage zu versehen, die entsprechend den hierfür geltenden Bestimmungen, insbesondere des Bau- und Wasserrechts, und nach den anerkannten Regeln der Technik herzustellen, zu betreiben, zu verbessern, zu erneuern, stillzulegen, zu beseitigen, zu unterhalten und zu ändern ist. ²Für die Reinigungsleistung von Abwasserbehandlungsanlagen ist darüber hinaus der Stand der Technik maßgeblich.
- (2) ¹Die Grundstückskläranlage ist auf dem anzuschließenden Grundstück so zu erstellen, dass die Abfuhr des Fäkalschlammes durch Entsorgungsfahrzeuge möglich ist. ²Ist die Entsorgung von einer öffentlichen Straße aus nicht möglich, hat der Grundstückseigentümer die Anschlussmöglichkeit bzw. die Zufahrt den Erfordernissen entsprechend so zu gestalten, dass die ordnungsgemäße Entleerung der Grundstückskläranlage durch Entsorgungsfahrzeuge möglich ist, nicht mehr als 30 m Saugschlauch verlegt werden müssen und die Höhendifferenz nicht mehr als 8 m beträgt. ³Mängel, die einer ordnungsgemäßen Entsorgung entgegenstehen, sind durch den Grundstückseigentümer umgehend zu beseitigen. ⁴Kosten, die durch zusätzliche Schlauchverlegung oder benötigte Druckerhöhungspumpen entstehen, sind vom Grundstückseigentümer oder Nutzungsberechtigten zu erstatten.

§ 9 Herstellung, Zulassung und Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage

- (1) ¹Bevor eine Grundstücksentwässerungsanlage hergestellt oder geändert wird, ist die Zulassung der Grundstücksentwässerungsanlage bei der Gemeinde schriftlich zu beantragen. ²Dabei sind der Gemeinde folgende Unterlagen in doppelter Fertigung einzureichen:
- a) Lageplan des zu entwässernden Grundstücks im Maßstab 1 : 1 000,
 - b) Grundriss- und Flächenpläne im Maßstab 1 : 100, aus denen der Verlauf der Leitungen, die Grundstückskläranlage und die befestigte Zufahrt für die Fäkalschlamm Entsorgung ersichtlich sind,
 - c) Längsschnitte aller Leitungen mit Darstellung der Entwässerungsgegenstände im Maßstab 1:100, bezogen auf Normalnull (NN), aus denen insbesondere die Gelände- und Kanalsohlenhöhen, die maßgeblichen Kellersohlenhöhen, Querschnitte und Gefälle der Kanäle, Schächte, höchste Grundwasseroberfläche zu ersehen sind,
 - d) weitere im Einzelfall von der Gemeinde geforderte Angaben und Unterlagen, insbesondere über die zulässige oder tatsächliche Nutzung eines Grundstücks sowie über Art und Menge des Fäkalschlammes.
- ³Sämtliche Unterlagen sind vom Grundstückseigentümer, dem Bauherrn und dem Planfertiger zu unterschreiben.
- (2) ¹Die Gemeinde prüft, ob die geplante Grundstücksentwässerungsanlage den Bestimmungen dieser Satzung entspricht. ²Ist das der Fall, erteilt die Gemeinde schriftlich ihre Zustimmung und gibt eine Fertigung der eingereichten Unterlagen mit Zustimmungsvermerk zurück. ³Die Zustimmung kann unter Bedingungen und Auflagen erteilt werden. ⁴Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn die Gemeinde nicht innerhalb von drei Monaten nach Zugang der vollständigen Planunterlagen ihre Zustimmung schriftlich verweigert. ⁵Entspricht die Grundstücksentwässerungsanlage nicht den Bestimmungen dieser Satzung, setzt die Gemeinde dem Grundstückseigentümer unter Angabe der Mängel eine angemessene Frist zur Berichtigung und erneuten Einreichung der geänderten Unterlagen; Satz 4 gilt entsprechend.
- (3) ¹Mit der Herstellung oder Änderung der Grundstücksentwässerungsanlage darf erst begonnen werden, wenn die Zustimmung nach Absatz 2 erteilt worden ist oder als erteilt gilt. ²Eine Genehmigungspflicht nach sonstigen, insbesondere nach straßen-, bau- und wasserrechtlichen Bestimmungen bleibt durch die Zustimmung unberührt.
- (4) Von den Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 kann die Gemeinde Ausnahmen zulassen.
- (5) ¹Die Grundstückseigentümer haben der Gemeinde den Beginn des Herstellens, des Änderns, des Ausführens größerer Unterhaltungsarbeiten oder des Beseitigens spätestens drei Tage vorher schriftlich anzuzeigen und gleichzeitig den Unternehmer zu benennen. ²Muss wegen Gefahr im Verzug mit den Arbeiten sofort begonnen werden, ist der Beginn innerhalb von 24 Stunden schriftlich anzuzeigen.
- (6) ¹Die Gemeinde ist berechtigt, die Arbeiten zu überprüfen. ²Die Grundstückseigentümer haben zu allen Überprüfungen Arbeitskräfte, Geräte und Werkstoffe bereitzustellen.
- (7) ¹Der Grundstückseigentümer hat die Grundstücksentwässerungsanlage vor Verdeckung der Leitungen auf satzungsgemäße Errichtung und vor ihrer Inbetriebnahme auf Mängelfreiheit durch einen nicht an der Bauausführung beteiligten fachlich geeigneten Unternehmer prüfen und das Ergebnis durch diesen bestätigen zu lassen. ²Dies gilt nicht, soweit die Gemeinde die Prüfungen selbst vornimmt; sie hat dies vorher anzukündigen. ³Absatz 6 Satz 2 gilt entsprechend. ⁴Werden die Leitungen vor Durchführung der Prüfung auf satzungsgemäße Errichtung der Grundstücksentwässerungsanlage verdeckt, sind sie auf Anordnung der Gemeinde freizulegen. ⁵Festgestellte Mängel sind innerhalb einer von der

Gemeinde zu setzenden angemessenen Frist durch die Grundstückseigentümer zu beseitigen. ⁶Die Beseitigung der Mängel ist der Gemeinde zur Nachprüfung anzuzeigen.

- (8) ¹Soweit die Gemeinde die Prüfungen nicht selbst vornimmt, hat der Grundstückseigentümer der Gemeinde die Bestätigungen nach Absatz 7 vor Verdeckung der Leitungen und vor Inbetriebnahme der Grundstücksentwässerungsanlage unaufgefordert vorzulegen. ²Die Gemeinde kann die Verdeckung der Leitungen oder die Inbetriebnahme der Grundstücksentwässerungsanlage innerhalb eines Monats nach Vorlage der Bestätigungen oder unverzüglich nach Prüfung durch die Gemeinde schriftlich untersagen. ³In diesem Fall setzt die Gemeinde dem Grundstückseigentümer unter Angabe der Gründe für die Untersagung eine angemessene Nachfrist für die Beseitigung der Mängel; Sätze 1 und 2 sowie Absatz 7 gelten entsprechend.
- (9) Die Zustimmung nach Absatz 2, die Bestätigungen des fachlich geeigneten Unternehmers oder die Prüfung durch die Gemeinde befreien den Grundstückseigentümer, den ausführenden oder prüfenden Unternehmer sowie den Planfertiger nicht von der Verantwortung

§ 10 Überwachung

- (1) ¹Der Grundstückseigentümer hat die von ihm zu unterhaltenden Grundstücksentwässerungsanlagen bei Inbetriebnahme auf eigene Kosten durch einen fachlich geeigneten Unternehmer auf Mängelfreiheit und Dichtheit zu prüfen und das Ergebnis durch diesen bestätigen zu lassen. ²Dichtigkeitsprüfungen sind für die Grundstückskläranlagen wiederkehrend alle 10 Jahre und für die restlichen Bestandteile der Grundstücksentwässerungsanlagen wiederkehrend alle 20 Jahre zu wiederholen. ³Für Anlagen in Wasserschutzgebieten bleiben die Festlegungen in den jeweiligen Schutzgebietsverordnungen unberührt. ⁴Der Grundstückseigentümer hat der Gemeinde die Bestätigung innerhalb von vier Wochen nach Abschluss der Prüfung unaufgefordert vorzulegen. ⁵Festgestellte Mängel hat der Grundstückseigentümer unverzüglich beseitigen zu lassen. ⁶Bei erheblichen Mängeln ist innerhalb von zwei Monaten nach Ausstellung der Bestätigung eine Nachprüfung durchzuführen; Satz 2 gilt entsprechend. ⁷Die Frist für die Nachprüfung kann auf Antrag verlängert werden.
- (2) Für Abwasserbehandlungsanlagen gelten die einschlägigen wasserrechtlichen Bestimmungen, insbesondere Art 60 BayWG für Kleinkläranlagen.
- (3) Der Grundstückseigentümer hat Störungen und Schäden an den Messschächten, Grundstücksentwässerungsanlagen, Überwachungseinrichtungen und Abwasserbehandlungsanlagen unverzüglich der Gemeinde anzuzeigen und auf Verlangen dieser innerhalb einer angemessenen Frist zu beheben.
- (4) Wenn der Grundstückskläranlage nicht ausschließlich häusliches Abwasser, insbesondere wenn Gewerbe- oder Industrieabwasser oder Abwasser, das in seiner Beschaffenheit erheblich vom Hausabwasser abweicht, der Fäkalschlammentsorgung zugeführt wird, kann die Gemeinde den Einbau und den Betrieb von Überwachungseinrichtungen verlangen.
- (5) ¹Unbeschadet der Absätze 1 bis 4 ist die Gemeinde befugt, die Grundstücksentwässerungsanlagen sowie Abwasserbehandlungsanlagen jederzeit zu überprüfen, Abwasser- und Schlammproben zu entnehmen und Messungen durchzuführen. ²Zu diesem Zweck ist den Beauftragten der Gemeinde, die sich auf Verlangen auszuweisen haben, ungehindert Zugang zu allen Anlageteilen zu gewähren und die notwendigen Auskünfte zu erteilen. ³Die Grundstückseigentümer werden davon vorher möglichst verständigt; das gilt nicht für Probeentnahmen und Abwassermessungen. ⁴Die Gemeinde bestimmt Ort, Art, Umfang

und Häufigkeit der Probeentnahmen. ⁵Die Gemeinde kann jederzeit verlangen, dass die vom Grundstückseigentümer zu unterhaltenden Anlagen in einen Zustand gebracht werden, der Störungen oder Beeinträchtigungen der Fäkalschlammentsorgung und Gewässerunreinigungen ausschließt. ⁶Führt die Gemeinde aufgrund der Sätze 1 oder 4 eine Überprüfung der Grundstücksentwässerungsanlagen oder der Grundstückskläranlagen auf Mängelfreiheit durch, beginnt die Frist nach Absatz 1 mit Abschluss der Prüfung neu zu laufen.

- (6) ¹Die Verpflichtungen nach den Absätzen 1 bis 5 gelten auch für den Benutzer des Grundstücks. ²Nach anderen Vorschriften bestehende Bau-, Betriebs- und Sorgfaltspflichten des Grundstückseigentümers oder des Benutzers bleiben unberührt.
- (7) ¹Die Intervalle für wiederkehrende Dichtigkeitsprüfungen können auf Antrag auf bis zu 20 Jahre verlängert werden. ²Der Antrag ist unter Angabe der Gründe schriftlich einzureichen.

§ 11 Stilllegung von Entwässerungsanlagen auf dem Grundstück

¹Die Grundstückskläranlage ist ordnungsgemäß außer Betrieb zu setzen, sobald ein Grundstück an eine öffentliche Entwässerungsanlage angeschlossen ist und das Abwasser in eine Sammelkanalisation mit Sammelkläranlage eingeleitet werden kann. ²Sonstige Bestandteile der Grundstücksentwässerungseinrichtung sind, wenn sie den Bestimmungen der Entwässerungssatzung der Gemeinde in der jeweils geltenden Fassung nicht entsprechen, in dem Umfang außer Betrieb zu setzen, in dem das Grundstück an die öffentliche Entwässerungsanlage anzuschließen ist.

§ 12 Entsorgung des Fäkalschlamms

- (1) ¹Die Grundstückseigentümer der anschlusspflichtigen Grundstücke (§ 5) sind verpflichtet, die Grundstückskläranlage zu räumen und den Fäkalschlamm mindestens einmal in drei Jahren zur Annahmestation der Kläranlage der Stadt Mainburg in Dirschengrub zu liefern. ²Ergibt die Schlammpegelmessung, dass nach drei Jahren noch keine Entleerung erforderlich ist, wird auf Antrag die Frist auf weitere drei Jahre verlängert. ³Die Grundstückseigentümer können sich der Hilfe Dritter bedienen, die über die technischen und fachlichen Voraussetzungen zu einer ordnungsgemäßen Behandlung und zum Transport des Fäkalschlamms verfügen. ⁴Die Kosten für die Räumung der Grundstückskläranlage und für den Transport des Fäkalschlamms zur Annahmestation sowie die Gebühren für die Annahme des Fäkalschlamms haben die Grundstückseigentümer zu tragen. ⁵Der Nachweis der Entsorgung gemäß Satz 1 ist unaufgefordert der Gemeinde innerhalb von zwei Wochen nach Leerung der Klärgrube vorzulegen.
- (2) Die Termine und die Art der Zuführung des Fäkalschlamms an die Annahmestation sind mit dieser abzustimmen.
- (3) ¹Der Inhalt der Grundstückskläranlagen geht mit der Abfuhr in das Eigentum der Gemeinde über. ²Die Gemeinde ist nicht verpflichtet, in diesen Stoffen nach verlorenen Gegenständen zu suchen oder suchen zu lassen. ³Werden darin Wertgegenstände gefunden, sind sie als Fundsache zu behandeln.

§ 13 Verbot des Einleitens, Benutzungsbedingungen

- (1) In die Fäkalschlammentsorgung dürfen Stoffe nicht eingeleitet oder eingebracht werden, die
- die bei der öffentlichen Fäkalschlammentsorgung beschäftigten Personen gefährden oder deren Gesundheit beeinträchtigen,
 - die Grundstückskläranlage oder die zur öffentlichen Fäkalschlammentsorgung verwendeten Anlagen, Fahrzeuge und Geräte gefährden oder beschädigen,
 - den Betrieb der öffentlichen Fäkalschlammentsorgung erschweren, behindern oder beeinträchtigen,
 - giftige, übel riechende oder explosive Dämpfe und Gase bilden,
 - die landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche oder gärtnerische Verwertung des Klärschlammes erschweren oder verhindern oder
 - sich sonst schädlich auf die Umwelt, insbesondere die Gewässer, auswirken.
- (2) Dieses Verbot gilt insbesondere für
1. feuergefährliche oder zerknallfähige Stoffe wie Benzin, Benzol, Öl
 2. infektiöse Stoffe, Medikamente oder andere pharmazeutische Produkte
 3. radioaktive Stoffe
 4. Farbstoffe, Lacke oder Lösemittel
 5. Abwasser oder andere Stoffe, die schädliche Ausdünstungen, Gase oder Dämpfe verbreiten können
 6. Chemikalien, wie fotografische Entwickler- und Fixierbäder, Pflanzenschutzmittel
 7. Grund- und Quellwasser, Niederschlagswasser, Kühlwasser
 8. feste Stoffe, auch in zerkleinerter Form, die zu Ablagerungen oder Verstopfungen führen können oder schwer abbaubar sind, wie Schutt, Asche, Sand, Kies, Faserstoffe, Zement, Kunstharze, Kunststoffe, Teer, Pappe, Papierabfälle, Dung, Küchenabfälle, Schlachtabfälle, Treber, Hefe, flüssige Stoffe, die erhärten, Schlacke, Abfall im Sinne des KrW-/AbfG, Verpackungsmittel aller Art, Textilien, Verbands- und Hygienematerial
 9. Räumgut aus Leichtstoff- und Fettabscheidern, Jauche, Gülle, Abwasser aus Dunggruben und Tierhaltungen, Silagegärsaft, Blut aus Schlächtereien, Molke
 10. Absetzgut, Schlämme oder Suspensionen aus Vorbehandlungsanlagen
 11. Stoffe oder Stoffgruppen, die wegen der Besorgnis einer Giftigkeit, Langlebigkeit, Anreicherungs-fähigkeit oder einer krebserzeugenden, fruchtschädigenden oder erbgutverändernden Wirkung als gefährlich zu bewerten sind, wie Schwermetalle, Cyanide, halogenierte Kohlenwasserstoffe, polycyclische Aromaten, Phenole; ausgenommen sind
 - unvermeidbare Spuren solcher Stoffe im Abwasser, in der Art und in der Menge, wie sie auch im Abwasser aus Haushaltungen üblicherweise anzutreffen sind,
 - Stoffe, die nicht vermieden oder von der öffentlichen Fäkalschlammentsorgung zurückgehalten werden können und deren Einleitung die Gemeinde in den Benutzungsbedingungen nach Absatz 5 zugelassen hat;
 12. Abwasser aus Industrie- und Gewerbebetrieben,
 - von dem zu erwarten ist, dass es auch nach der Behandlung in der Sammelkläranlage nicht den Mindestanforderungen nach § 57 des Wasserhaushaltsgesetzes entsprechen wird,
 - das einen pH-Wert von unter 6,5 oder über 9,5 aufweist, oder
 - das aufschwimmende Öle und Fette enthält
 13. nicht neutralisiertes Kondensat aus ölbefeuerten Brennwert-Heizkesseln
 14. nicht neutralisiertes Kondensat aus gasbefeuerten Brennwert-Heizkesseln mit einer Nennwertleistung über 200 kW.

- (3) ¹Die Gemeinde behält sich vor, Grenzwerte für weitere Stoffe festzulegen. ²Die Grenzwerte beziehen sich auf das Abwasser an seiner Anfallstelle. ³Deren Einhaltung durch Verdünnung und Vermischung des Abwassers ist nicht zulässig.
- (4) Der Einbau von Abfallzerkleinerungsgeräten zur Abschwemmung von organischen und anorganischen Stoffen in die öffentliche Fäkalschlammentsorgung ist nicht erlaubt.
- (5) Die Einleitungsbedingungen nach Absatz 2 Nr. 11 Halbsatz 2 Spiegelstrich 2 werden gegenüber den einzelnen Anschlusspflichten oder im Rahmen der Sondervereinbarungen festgelegt.
- (6) Über Absatz 5 hinaus kann die Gemeinde in Einleitungsbedingungen auch die Einleitung von Abwasser besonderer Art und Menge ausschließen oder von besonderen Voraussetzungen abhängig machen, soweit dies zum Schutz des Betriebspersonals, der Grundstückskläranlage, der Anlagen, Fahrzeuge und Geräte oder zur Erfüllung der für den Betrieb der öffentlichen Fäkalschlammentsorgung geltenden Vorschriften, insbesondere der Bedingungen und Auflagen des der Gemeinde erteilten wasserrechtlichen Bescheids, erforderlich ist.
- (7) ¹Die Gemeinde kann die Einleitungsbedingungen nach Absatz 5 und 6 neu festlegen, wenn die Einleitung von Abwasser in die Grundstückskläranlage nicht nur vorübergehend nach Art oder Menge wesentlich geändert wird oder wenn sich die für den Betrieb der öffentlichen Fäkalschlammentsorgung geltenden Gesetze oder Bescheide ändern. ²Die Gemeinde kann Fristen festlegen, innerhalb derer die zur Erfüllung der geänderten Anforderungen notwendigen Maßnahmen durchgeführt werden müssen.
- (8) ¹Die Gemeinde kann die Einleitung von Stoffen im Sinne der Absätze 1 und 2 zulassen, wenn der Verpflichtete Vorkehrungen trifft, durch die die Stoffe ihre gefährdende oder schädigende Wirkung verlieren oder der Betrieb der Grundstücksentwässerungsanlage und der Fäkalschlammentsorgung nicht erschwert wird. ²In diesem Fall hat er der Gemeinde eine Beschreibung mit Plänen in doppelter Fertigung vorzulegen.
- (9) Leitet der Grundstückseigentümer Kondensat aus ölbefeuerten Brennwert-Heizkesseln oder aus gasbefeuerten Brennwert-Heizkesseln mit einer Nennwertleistung über 200 kW in die Fäkalschlammentsorgung ein, ist er verpflichtet, das Kondensat zu neutralisieren und der Gemeinde über die Funktionsfähigkeit der Neutralisationsanlage jährlich eine Bescheinigung eines Betriebes nach § 2 Abs. 1 Satz 2 Schornsteinfeger-Handwerksgesetz oder eines geeigneten Fachbetriebes vorzulegen.
- (10) Besondere Vereinbarungen zwischen der Gemeinde und einem Verpflichteten, die das Einleiten von Stoffen im Sinne des Absatzes 1 durch entsprechende Vorkehrungen ermöglichen, bleiben vorbehalten.
- (11) Wenn Stoffe im Sinne des Absatzes 1 in eine Grundstücksentwässerungsanlage, in die Fäkalschlammentsorgung oder die Grundstückskläranlage gelangen, ist dies der Gemeinde sofort anzuzeigen.

§ 14 Abscheidung

- (1) ¹Sofern mit dem Abwasser Leichtflüssigkeiten (z. B. Benzin, Öle oder Fette) mit abgeschwemmt werden können, ist das Abwasser über in die

Grundstücksentwässerungsanlage eingebaute Leichtflüssigkeits- bzw. Fettabscheider abzuleiten. ²Die Gemeinde kann den nachträglichen Einbau von Abscheidern fordern.

- (2) ¹Die Abscheider sind nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu errichten, zu betreiben, zu leeren und regelmäßig zu warten. ²Nicht den allgemein anerkannten Regeln der Technik oder den Bestimmungen dieser Satzung entsprechende Anlagen sind auf Verlangen der Gemeinde umzurüsten oder zu erneuern. ³Es dürfen keine enzym- oder bakterienhaltigen Produkte zugesetzt werden.
- (3) ¹Die Gemeinde kann den Nachweis der ordnungsgemäßen Eigenkontrolle, Wartung, Entleerung und Generalinspektion verlangen. ²Das Abscheidegut ist ordnungsgemäß zu entsorgen. ³Die Entsorgungsbelege sowie Wartungs- und Inspektionsnachweise sind dem Entwässerungsbetrieb auf Verlangen vorzulegen.

§ 15 Untersuchung des Abwassers

- (1) ¹Die Gemeinde kann über die Art und Menge des eingeleiteten oder einzuleitenden Abwassers Aufschluss verlangen. ²Gewerbliche und industrielle Indirekteinleiter haben der Gemeinde Auskunft über die Zusammensetzung des Abwassers, den Abwasseranfall, abwasserbezogene Betriebsvorgänge, Abwasservorbehandlungsanlagen sowie Beschaffenheit von Roh- und Einsatzstoffen zu erteilen. ³Bevor erstmalig Abwasser eingeleitet wird oder wenn Art und Menge des eingeleiteten Abwassers geändert werden, ist der Gemeinde auf Verlangen nachzuweisen, dass das Abwasser keine Stoffe enthält, die unter das Verbot des § 13 fallen.
- (2) ¹Die Gemeinde kann eingeleitetes Abwasser jederzeit, auch periodisch, untersuchen lassen. ²Die Gemeinde kann verlangen, dass die nach § 10 Abs. 4 eingebauten Überwachungseinrichtungen ordnungsgemäß betrieben und die Messergebnisse vorgelegt werden.

§ 16 Haftung

- (1) Kann die Fäkalschlamm Entsorgung wegen höherer Gewalt, Betriebsstörung, Witterungseinflüsse oder ähnlicher Gründe sowie wegen behördlicher Anordnungen nicht oder nicht rechtzeitig durchgeführt werden, haftet die Gemeinde unbeschadet Absatz 2 nicht für die hierdurch hervorgerufenen Schäden; unterbliebene Maßnahmen werden baldmöglichst nachgeholt.
- (2) Die Gemeinde haftet für Schäden, die sich aus dem Benützen der öffentlichen Fäkalschlamm Entsorgung ergeben, nur dann, wenn einer Person, deren sich die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen bedient, Vorsatz oder Fahrlässigkeit zur Last fällt.
- (3) Der Grundstückseigentümer und die Benutzer haben für die ordnungsgemäße Benutzung der Grundstücksentwässerungsanlage zu sorgen.
- (4) ¹Wer den Vorschriften dieser Satzung oder einer Sondervereinbarung zuwiderhandelt, haftet der Gemeinde für alle ihr dadurch entstehenden Schäden und Nachteile. ²Dasselbe gilt für Schäden und Nachteile, die durch den mangelhaften Zustand der Grundstücksentwässerungsanlage entstehen. Mehrere Verpflichtete haften als Gesamtschuldner.

§ 17 Betretungsrecht

- (1) ¹Der Grundstückseigentümer und der Benutzer des Grundstücks haben zu dulden, dass zur Überwachung ihrer satzungsmäßigen und gesetzlichen Pflichten die mit dem Vollzug dieser Satzung beauftragten Personen der Gemeinde und die Vertreter der Gemeinde zu angemessener Tageszeit Grundstücke, Gebäude, Anlagen, Einrichtungen, Wohnungen und Wohnräume im erforderlichen Umfang betreten; auf Verlangen haben sich diese Personen auszuweisen. ²Ihnen ist ungehinderter Zugang zu den Grundstücksentwässerungsanlagen und allen Anlagenteilen zu gewähren und die notwendigen Auskünfte sind ihnen zu erteilen. ³Der Grundstückseigentümer und der Benutzer werden nach Möglichkeit vorher verständigt; das gilt nicht für Probenahmen, Abwassermessungen und Kontrollen an Abwasserbehandlungsanlagen. ⁴Die Sätze 1 bis 3 gelten ebenfalls für die Räumung der Grundstückskläranlage nach § 12 Abs. 1 und für die dazu Beauftragten.
- (2) Nach anderen Rechtsvorschriften bestehende Betretungs- und Überwachungsrechte bleiben unberührt.

§ 18 Anzeigepflichten

- (1) ¹Beim Inkrafttreten dieser Satzung vorhandene Grundstückskläranlagen im Sinn dieser Satzung sind der Gemeinde binnen 3 Monaten anzuzeigen. ²Diese kann bei berechtigtem Interesse die Vorlage der in § 9 Abs. 1 genannten Unterlagen verlangen.
- (2) Wechselt einer der nach § 5 Abs. 3 Satz 1 zum Anschluss Verpflichteten, ist dies der Gemeinde vom bisherigen und vom zukünftigen Anschlusspflichtigen unter Angabe von Namen, Adresse und, soweit vorliegend, Telefon- und E-Mail-Kontakt anzuzeigen.

§ 19 Ordnungswidrigkeiten

Nach Art. 24 Abs. 2 Satz 2 der Gemeindeordnung kann mit Geldbuße¹ belegt werden, wer vorsätzlich

1. den Vorschriften über den Anschluss- und Benutzungszwang (§ 5) zuwiderhandelt,
2. den Baugrundsätzen in § 8 zuwiderhandelt und dadurch die Entleerung der Grundstücksentwässerungsanlage beeinträchtigt oder verhindert,
3. eine der in § 9 Abs. 1 und Abs. 5, § 10 Abs. 1, Abs. 3 und Abs. 6, § 13 Abs. 11, § 15 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 Satz 2, § 17 Abs. 1 Satz 2 sowie § 18 festgelegten Melde-, Auskunft-, Nachweis- oder Vorlagepflichten verletzt,
4. entgegen § 9 Abs. 3 Satz 1 vor Zustimmung der Gemeinde mit der Herstellung oder Änderung der Grundstücksentwässerungsanlage beginnt,
5. entgegen § 10 Abs. 1 Sätze 1 bis 3 eine unrichtige Bestätigung ausstellt oder entgegen § 10 Abs. 1 Satz 4 vorlegt,
6. entgegen § 10 Abs. 1 Sätze 1 bis 3 die Grundstücksentwässerungsanlage nicht innerhalb der vorgegebenen Fristen überprüfen lässt,
7. entgegen §§ 13 und 14 Stoffe in die Grundstücksentwässerungsanlage einleitet oder einbringt, oder
8. entgegen § 17 Abs. 1 Satz 2 den Vertretern der Gemeinde und ihren Beauftragten nicht ungehinderten Zutritt zu den Grundstücksentwässerungsanlagen und allen Anlagenteilen gewährt.

¹ Art. 24 Abs. 2 Satz 2 GO legt derzeit einen Bußgeldrahmen bis zu 2.500 € fest.

§ 20 Anordnungen für den Einzelfall; Zwangsmittel

(1) Die Gemeinde kann zur Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen Anordnungen für den Einzelfall erlassen.

(2) Für die Erzwingung der in dieser Satzung vorgeschriebenen Handlungen, eines Duldens oder Unterlassens gelten die Vorschriften des Bayerischen Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes.

§ 21 In-Kraft-Treten

(1) ¹Diese Satzung tritt am 01.01.2026 in Kraft. ²Gleichzeitig tritt die Satzung für die öffentliche Fäkalschlammmentsorgung der Gemeinde Rudelzhausen (Fäkalschlammmentsorgungssatzung – FES –) vom 20.09.2010 außer Kraft.

(2) ¹Grundstückskläranlagen, die bei Inkrafttreten dieser Satzung bereits bestehen, und bei denen nicht nachgewiesen wird, dass sie in den letzten 7 Jahren vor Inkrafttreten der Satzung nach den zur Zeit der Prüfung geltenden Rechtsvorschriften geprüft wurden, sind spätestens 3 Jahre nach Inkrafttreten dieser Satzung zu prüfen. ²Nach anderen Rechtsvorschriften bestehende Verpflichtungen bleiben unberührt.

Rudelzhausen, den 16.12.2025

gez.



Michael Krumbucher
Erster Bürgermeister



Sachbearbeitung
Lorenz Söckler

Rufnummer
0 87 52/ 86 87 - 11

Zimmer
OG 02

Aktenzeichen
01

Datum
16.12.2025

BEKANNTMACHUNG

über den Neuerlass der folgenden Satzung vom 16.12.2025:

Fäkalschlammentsorgungssatzung (FES)

Der Gemeinderat der Gemeinde Rudelzhausen beschloss am 15.12.2025 den Erlass der vorgenannten Satzung.

Die neue Satzung tritt am 01.01.2026 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung für die öffentliche Fäkalschlammentsorgung der Gemeinde Rudelzhausen (Fäkalschlammentsorgungssatzung – FES –) vom 20.09.2010 außer Kraft.

Die Satzung liegt während der allgemeinen Öffnungszeiten (Montag bis Freitag von 08:00 – 12:00 Uhr und Montag bis Mittwoch von 13:00 – 16:00 Uhr) nach vorheriger Terminvereinbarung barrierefrei im Rathaus der Gemeinde Rudelzhausen, Kirchplatz 10, 84104 Rudelzhausen, Zimmer-Nr. OG 02, zur Einsicht auf. Außerdem kann sie auf der Gemeindehomepage unter <https://www.gemeinde-rudelzhausen.de/Ortsrecht.n33.html> eingesehen werden.

gez.

.....
Michael Krumbucher
Erster Bürgermeister



Aushang dieser Bekanntmachung an den Gemeindetafeln Rudelzhausen, Tegernbach, Hebrontshausen und Notzenhausen sowie gleichzeitige Internetveröffentlichung unter <https://www.gemeinde-rudelzhausen.de/Aktuelles.n7.html>.

Beginn: 16.12.2025

Ende: 02.01.2026

Unterschrift für Aushang/Veröffentlichung:

.....